

Hürde genommen

16:24 Uhr / 24.11.2021

Mehr als genug: 500 Unterschriften für Bürgerentscheid über Trebsener Papierfabrik

Einen ersten Erfolg verbucht das Aktionsbündnis gegen die Erweiterung der Trebsener Papierfabrik für sich. Es sammelte mehr Unterschriften für einen Bürgerentscheid, als nötig gewesen wären. Die 500 Blätter nahm Bürgermeister Stefan Müller am Dienstagabend entgegen. Er lässt alle Unterlagen prüfen und macht für den Fall, dass sie einwandfrei sind, eine klare Zusage.



Trebsen. Aller Voraussicht nach wird es in Trebsen einen Bürgerentscheid darüber geben, ob die Stadt weiter planungsrechtliche Voraussetzungen für die Erweiterung der Papierfabrik „Julius Schulte“ schaffen darf oder nicht. In nur drei Wochen hat das Aktionsbündnis „Lebenswertes Wohnen in Trebsen“ genügend Unterschriften gesammelt, die sich für eine solche Abstimmung aussprechen. Sie müssen jetzt im Rathaus geprüft werden.

Zehn Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung hätte das Bürgerbegehren unterschreiben müssen. „Das wären rund 320 Einwohner gewesen“, erklärt Andreas Heinze vom Aktionsbündnis. Tatsächlich kamen aber um die 500 Unterschriften zusammen, was er als Erfolg wertet. Zugleich ist er sich bewusst, dass sie hauptsächlich von Leuten stammen, die sich gegen den Ausbau der Fabrik am jetzigen Standort wenden.

Stadtverwaltung Trebsen
Markt 13, 04687 Trebsen/Mulde [Routenplaner](#)
5,0 [1 Rezension](#)
[Größere Karte ansehen](#)

Verwende Strg+Scrollen zum Zoomen der Karte



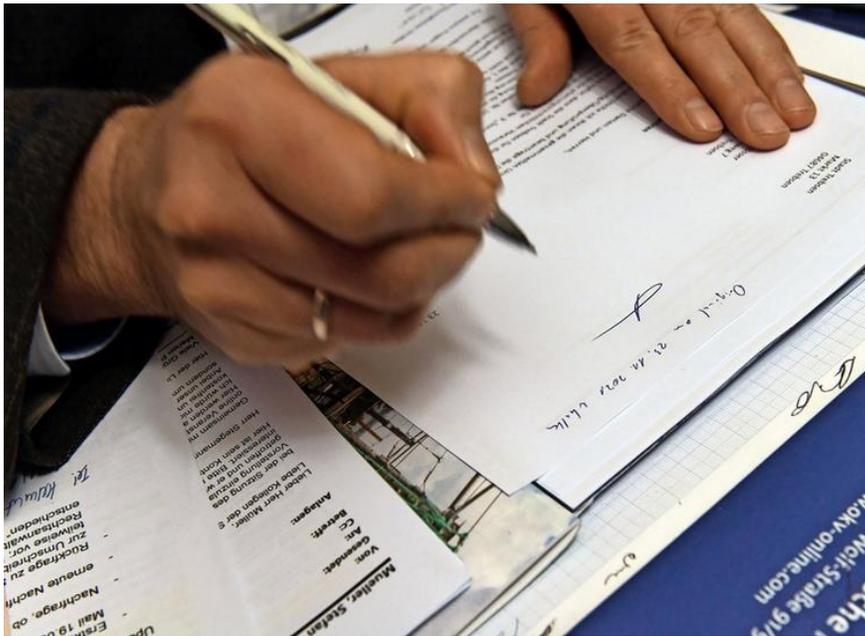
Kartendaten © 2021 GeoBasis-DE/BKG (©2009)

Es hätten sogar noch mehr werden können. „Doch in der vergangenen Woche sind wir nicht mehr sammeln gegangen“, erklärt Jenny Kösser, die ebenfalls dem Aktionsbündnis angehört. „Wir wollten keine Ansteckungen mit Corona riskieren. Deshalb haben wir nur noch entgegengenommen, was so eintrudelte.“

Die Zettel mit jeweils einer Unterschrift sortierte sie alphabetisch. „Mir wäre dabei aufgefallen, wenn jemand zweimal unterschrieben hätte“, meint sie. Deshalb geht sie davon aus, die notwendige Masse erreicht zu haben, womit aus ihrer Sicht der bisherige Prozess rechtmäßig verlaufen wäre.

Bürgermeister lässt Unterlagen prüfen

Bürgermeister Stefan Müller (CDU) nahm das Paket in seinem Dienstzimmer entgegen und quittierte den Empfang. „Es ist das erste Mal, dass Trebsen mit so einem Vorgang konfrontiert wird, und in ganz Sachsen kommen Bürgerentscheide nicht häufig vor“, sagte er. „Deshalb können wir nicht auf Erfahrungen zurückgreifen.“



Per Unterschrift besiegelt: Stefan Müller quittierte den Erhalt der Unterschriften. Quelle: Thomas Kube

Er will jetzt über das Einwohnermeldeamt prüfen lassen, ob alle Unterzeichner in Trebsen wohnen. „Außerdem werden wir uns das Bürgerbegehren inhaltlich anschauen und von juristischer Seite beleuchten lassen“, kündigte Müller an. Wie lange das dauert, könne er noch nicht sagen. Auf alle Fälle sie dieses Jahr nicht mehr mit einem Abschluss der Bewertung zu rechnen, so dass der Stadtrat, der am 14. Dezember zu einer Sitzung zusammenkommen soll, noch keine Entscheidung treffen kann.

Müller macht Zusage

Nur er darf laut Sächsischer Gemeindeordnung einen Bürgerentscheid beschließen. „Sollte alles in Ordnung sein, bleibt ihm gar keine Alternative, als zuzustimmen“, meint der Bürgermeister. Danach würden der Stadt maximal drei Monate bleiben, um den Entscheid vorzubereiten und durchzuführen. Gewinnen könnte ihn das Aktionsbündnis nur, wenn es die Mehrheit der gültigen Stimmen erhält und diese Mehrheit mindestens 25 Prozent der Stimmberechtigten beträgt.

Lesen Sie auch:

- [Trebsener bringen Bürgerbegehren auf den Weg](#)
- [Papierfabrik beantwortet Bürgerfragen](#)
- [So sieht der neue Entwurf für die Fabrikerweiterung aus](#)

Informationsmöglichkeiten weiter Streitpunkt

Hohe Hürden also, der Schuss könnte für die Protestierenden auch nach hinten losgehen. „Uns bleibt aber nichts anderes übrig, als auf

kommunalrechtlicher Ebene alles zu riskieren“, meint Andreas Heinze. Die gegenwärtigen Bedingungen hält er nicht für die besten. „Allein schon, dass nun nach dem vergangenen Winter zum zweiten Mal die öffentliche Auslegung der Planungsunterlagen unter Corona-Bedingungen erfolgt, kann ich nicht nachvollziehen“, kritisiert er und fordert: „Man sollte sie stoppen und auf das Frühjahr verlegen.“

Bürgermeister Stefan Müller lehnt das ab. „Solche Vorgänge sind trotz Pandemie möglich“, begründet er seine Position. „Letztes Jahr stellte die Kommunalaufsicht fest, dass genügend Informationen gegeben wurden. Sämtliche Ansprüche der Bürgerbeteiligung wurden erfüllt. Alles lief nach demokratischen Regeln.“

Von Frank Pfeifer

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

Radio.de